



DIE MENSCHENRECHTS- SITUATION IN PALÄSTINA UND ISRAEL

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



PALÄSTINA

A GEBIET

- dichtbevölkerte Gebiete (größere Städte)
- 1995:** 3% des Gebietes, 20% der Bevölkerung
- 2020:** 18 % des Gebietes, 55 % der Bevölkerung
- PA ist verantwortlich für zivilen Angelegenheiten und innere Sicherheit

B GEBIET

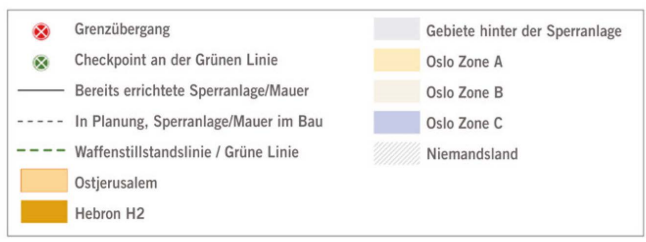
- palästinensische Dörfer, Weiler und kleine Städte
- 1995:** 30% des Gebietes, 70 % der Bevölkerung
- 2020:** 22% des Gebietes, 39 % der Bevölkerung
- PA ist verantwortlich für zivilen Angelegenheiten
- Israel ist verantwortlich für die innere Sicherheit

C GEBIET

- jüdische Siedlungen, Siedlerstraßen, Militärbasen, sicherheitsrelevante Gebiete, Naturschutzgebiete
- 1995:** 67% des Gebietes, 10% der Bevölkerung
- 2020:** 60% des Gebietes, 6% der Bevölkerung
- Israel ist verantwortlich für die meisten zivilen Angelegenheiten und die innere Sicherheit

ALLGEMEIN:

- 60% des Westjordanlands befindet sich nicht unter der Kontrolle der Palästinensischen Behörde (PA).
- In nur 1% des C-Gebiets ist palästinensische Bautätigkeit erlaubt.
- Das Gebiet unter der zivilen Verwaltung der PA besteht aus 166 Enklaven (A- und B-Gebiet umgeben von C-Gebiet).
- In nur 18% des Gebiets ist die palästinensische Polizei zuständig für die innere Sicherheit.
- In 82% sind die israelischen Sicherheitskräfte für die innere Sicherheit zuständig, kommen aber ihren Verpflichtungen nicht nach.



MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN AUF **ISRAELISCHER** SEITE

- Ungesetzliche Tötungen und Verletzungen
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Earthmounds, Roadblocks, Road Gates/Barriers, Earthwalls, Checkpoints)
- Kollektivstrafe/Einschränkung wirtschaftlicher sozialer und kultureller Rechte sowie des Rechts auf Gesundheit
- Häuserzerstörungen und Vertreibungen
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungshaft und unfaire Gerichtsverfahren sowie Folter und Misshandlung in Haft. Inhaftierung in Gefängnissen in Israel.
- Siedlungsbau/Landnahme und Siedlergewalt
- Entzug des Aufenthaltsrechts in Jerusalem
- Verhinderung von Familienzusammenführung
- Diskriminierung von nicht-jüdischen Bürgern Israels durch neues Nationalstaatsgesetz
- Verweigerung des Zugangs zu einem fairen und zügigen Feststellungsverfahren über ihren Flüchtlingsstatus für Asylsuchende aus Eritrea und dem Sudan
- Inhaftierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen und fehlende Handlungsbereitschaft der israelischen Polizei, Gewalttäter vor Gericht zu bringen
- Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Vereinigungsfreiheit



MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN AUF **PALÄSTINENSISCHER** SEITE

- Tötung und Verletzung von israelischen Zivilisten
- Todesstrafe
- Ehrenmorde, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, und rechtliche Diskriminierung von Mädchen und Frauen
- Haft ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren für unbestimmte Zeit aus politischen Gründen sowie Folter und Misshandlung in Haft
- Eingeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit, exzessive und unverhältnismäßige Gewalt gegen Demonstranten, willkürliche Festnahmen
- Willkürliche Festnahmen und Misshandlung von LGBTI-Personen
- Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz
- Einschränkung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte



DIE FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL

DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT MUSS:

- Maßnahmen ergreifen, dass beide Seiten Angriffe auf Zivilisten und weitere Verstöße gegen die Menschenrechte und das internationale Recht sofort einstellen.
- beide Seiten wirksam unter Druck setzen, damit diese schwer-wiegende Menschenrechtsverletzungen bestrafen.
- sicherstellen, dass die Besatzungsmacht Israel ihre Verpflichtungen erfüllt.
- unverzüglich den Verkauf oder Transfer von Waffen an alle Konfliktparteien einstellen bis es Garantien gibt, dass sie nicht zur Verletzung der Menschenrechte und des internationalenhumanitären Völkerrechts eingesetzt werden.
- sicherstellen, dass jedweder Friedensprozess konkrete Bestimmungen zur Einhaltung der Menschenrechte enthält.

DIE ISRAELISCHE REGIERUNG UND DIE PALÄSTINENSISCHE BEHÖRDEN MÜSSEN:

- unverzüglich handeln, um die schweren und fortlaufenden Verstöße gegen das internationale Recht und die Menschenrechte zu beenden.
- die für Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts Verantwortlichen vor Gericht stellen.
- internationale Menschenrechtsbeauftragte einsetzen und mit diesen kooperieren.
- die Menschenrechte im Kern eines jeden Friedensprozesses an-siedeln und für eine faire Lösung der Flüchtlingsfrage sorgen.

DIE ISRAELISCHE REGIERUNG MUSS:

- die Blockade des Gazastreifens mit sofortiger Wirkung aufheben.
- unparteiisch alle mit den Gaza-Protesten in Zusammenhangstehenden Tötungen und Verletzungen in Einklang mit internationalen Standards untersuchen.

DIE PALÄSTINENSISCHE BEHÖRDE MUSS:

- das Gesetz zu elektronischen Straftaten abschaffen, da es willkürlich die Freiheit der Medien einschränkt und abweichende Meinungen nicht toleriert.